

«Der Werkplatz Schweiz macht mir ernsthaft Sorgen»

Bauunternehmer Remo Franz will für die CVP in den Nationalrat

Von Christian Keller

BaZ: Herr Franz, warum wollen Sie für die Baselbieter CVP nach Bern?

Remo Franz: In Bundesbern werden Entscheide getroffen, die für die Wirtschaft und insbesondere das Gewerbe grosse Konsequenzen haben. Die wirtschaftliche Situation in der Schweiz ist meines Erachtens derzeit kritisch. Der Werkplatz Schweiz macht mir ernsthaft Sorgen. Nicht ohne Grund hat Bundesrat Johann Schneider-Ammann erst diese Woche für den Herbst entsprechende Massnahmen in Aussicht gestellt. Darum braucht es in der Bundespolitik mehr Verständnis für die Herausforderungen der Wirtschaft. Dieses könnte ich einbringen.

Sie wurden bereits bei den Wahlen vor acht und vier Jahren für eine Kandidatur angefragt, haben aber jeweils abgesagt. Was hat sich geändert, dass Sie dieses Mal ins Rennen steigen wollen?

Die erwähnte wirtschaftlich herausfordernde Lage macht es nötig, dass dem eidgenössischen Parlament vermehrt Personen angehören, die sowohl in der Wirtschaft als auch als Unternehmer praktische Erfahrung und vielseitiges Wissen einbringen können. Darum halte ich jetzt die Zeit für richtig, dass ich mich am Nominations-Parteitag der CVP Baselland vom 16. Juni für eine Kandidatur zur Verfügung stelle.

Sie sind Bauunternehmer und Chef von rund 250 Angestellten. Sie betonen, das Nationalratsmandat nicht zu suchen. Muss man Ihre Kandidatur auch als Ausdruck einer Unzufriedenheit mit der Politik verstehen, welche die CVP Schweiz in den letzten Jahren betrieben hat?

Nein. Es ist keine generelle Unzufriedenheit oder gar ein Misstrauen. Vielmehr will ich generell dazu beitragen, dass auch die CVP für ein starkes und gesundes Unternehmertum in Bundesbern steht.

Mit Ihrer Kandidatur fordern Sie die bisherige CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter heraus. Wie wollen Sie sich von ihrer innerparteilichen Konkurrentin abheben?

Elisabeth Schneider-Schneiter sagte in der BaZ, sie vertrete eher die Grossindustrie. Ich habe diesbezüglich keine Präferenzen: Hauptsache, es werden Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen. Ich denke aber, dass

wir beide klar für eine wirtschaftsliberale Gesellschaftsordnung stehen. Es geht also weniger darum, wo wir uns unterscheiden, sondern wo wir gleiche Ziele haben. Insgesamt müssen wir als Bürgerliche erreichen, dass die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in der Schweiz verbessert werden.

Wieso braucht es Sie dann überhaupt als Alternative zu Schneider-Schneiter?

Es geht nicht um eine Alternative, sondern um eine Ergänzung. Die CVP soll nach dem Nominationsparteitag vom 16. Juni mit der stärksten Liste in den Wahlkampf ziehen, die nur irgend möglich ist. Auf diese Liste gehört ohne Zweifel unsere bisherige Nationalrätin. Es sollten – so finde ich – aber auch weitere starke Namen mit dabei sein. Nicht als Alternative, sondern zur Verstärkung der CVP-Liste.

Letzte Woche sagten Sie zur BaZ, sollten Sie antreten, wollten Sie nicht bloss als Listenfüller agieren. Wie viel Energie und wie viel Geld stecken Sie in den Wahlkampf?

Um diese Frage beantworten zu können, ist es noch zu früh. Zuerst einmal hat der Nominationsparteitag am kommenden Dienstag das Sagen.

Sie gehören in der Baselbieter CVP zum bürgerlichen Wirtschaftsflügel, der

«Es geht nicht um eine Alternative, sondern um eine Ergänzung zu Schneider-Schneiter.»

nicht wie die CVP-Parteileitung mit GLP und BDP zusammengehen will, sondern die Allianz mit FDP und SVP anstrebt. Ist das immer noch so?

Ja, daran hat sich nichts geändert. Die Vergangenheit zeigt, dass die CVP immer profitiert hat, wenn sie mit den Bürgerlichen zusammenarbeitete. Entschied sie sich jedoch für den Alleingang, musste sie schmerzvolle Sitzverluste hinnehmen.

Die Frage stellt sich, seit SVP-Präsident Oskar Kämpfer am letzten Samstag in der BaZ scharf gegen Schneider-Schneiter schoss. Ein Bündnis mit der CVP gebe es nur, wenn die Bisherige nicht mehr aufgestellt werde. Was halten Sie von dieser Aussage?

Die Aussage darf nicht überbewertet werden. Wichtig ist, dass wir in sach-

politischen Fragen am gleichen Strick ziehen.

Trotzdem: Wenn Sie für die bürgerliche Allianz sind, dann sind Sie implizit dafür, dass Schneider-Schneiter nicht mehr antreten darf.

Die Befindlichkeiten in anderen Parteien dürfen bei der CVP keine zentrale Rolle spielen. Es sei nochmals betont: Ich finde, die CVP sollte mit einer starken Liste ins Rennen gehen, die auch den Unternehmerflügel abdeckt. Ob wir eine Listenverbindung mit BDP/GLP oder FDP/SVP eingehen, darüber befindet der CVP-Nominationsparteitag.

Als wie gross beurteilen Sie Ihre Wahlchancen?

Ich erachte meine Chancen, vom CVP-Parteitag nominiert zu werden, als gut. Ich habe viele positive und ermutigende Signale von Parteifreunden erhalten.



Täglich harte Arbeit. Als Verwaltungsratspräsident der Rofra Gruppe mit Sitz in Aesch ist Remo Franz (59) Vorgesetzter von 250 Angestellten. Foto Elena Monti

Keine Listenverbindung mit der CVP

SVP-Präsident Kämpfer kritisiert CVP-Nationalrätin Schneider nicht ohne Absicht

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Versuch des Gewerbebürgers, die CVP-Liste bei den Nationalratswahlen in eine Listenverbindung mit SVP und FDP einzubringen, ist zum Scheitern verurteilt. Dagegen spricht die Wahlarithmetik: FDP und SVP würden damit den angepeilten zusätzlichen Sitz aufs Spiel setzen – und die Grünen könnten neue Hoffnungen schöpfen, den akut gefährdeten Sitz von Maya Graf doch noch zu retten.

Wer glaubt, der Angriff von SVP-Präsident Oskar Kämpfer auf CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter sei nur eine im Stil verunglückte Meinungsäusserung, dürfte sich irren. Kämpfer ist ein zu gewiefter Stratege, um unüberlegt für Wirbel zu sorgen. Der SVP-Präsident hat die wahlarithmetischen Rechnungen längst gemacht. Die gezielte Abkanzlung der CVP-Nationalrätin ist wahrscheinlich erfolgt, um klarzustellen, dass die SVP zurzeit kein Interesse hat, mit der CVP eine Listenverbindung einzugehen. FDP und SVP brauchen ihre Stimmen, um das anvisierte zusätzliche Mandat zu erobern und nicht, um der CVP bei der Rettung ihres Sitzes beizustehen.

Nimmt man nämlich die Stimmenanteile bei den Landratswahlen als Basis, hat die Koalition SVP/FDP beim Rennen um den zusätzlichen Sitz rund zwei Prozent Vorsprung auf Maya Graf von den Grünen, die ihren Sitz in einer Koalition SP/Grüne retten möchte. Selbst wenn Rot-Grün wider Erwarten auch noch die EVP für eine Listenverbindung gewinnen könnte, blieben die Chancen von SVP und FDP intakt, den Sitz für sich zu buchen.

Neue Dynamik in der Mitte

Würden SVP und FDP zusätzlich die CVP mit Elisabeth Schneider-Schneiter und Remo Franz ins Boot holen, würde der bürgerliche Vorsprung auf Rot-Grün im Kampf um den umstrittenen Sitz schrumpfen. Zusätzlich jedoch entstünde in der politischen Mitte neue Dynamik: Die in diesem Fall von der CVP verschmähten Partner, die BDP und die Grünliberalen, sähen sich nämlich gezwungen, sich nach einer neuen Wahlallianz umzusehen: etwa Jürg Wiedemanns Grüne-Unabhängige oder gar die noch immer unschlüssige EVP: Damit weitete sich der Kampf um den umstrittenen Sitz in Bundesbern zu einem Dreikampf aus – eine Variante,

die Kämpfer kaum behagen dürfte, und die auch bei den Freisinnigen kaum Begeisterung auslöste.

Günstige Ausgangslage

Die heutige Ausgangslage mit den drei Allianzen SVP/FDP, CVP/BDP/GLP und SP/Grüne passt der SVP und der FDP, die im Februar auf kantonaler Ebene einen formidablen Wahlsieg feiern konnten. Sie können davon ausgehen, dass sich in dieser Konstellation die Verschiebung nach rechts im Oktober wiederholt. Die Listenverbindung der CVP mit BDP und Grünliberalen sichert nämlich nicht nur den Sitz der CVP, sondern verhindert auch, dass die Stimmen der kleinen Mitte-Parteien ins linke Lager wandern.

Definitiv sind die Bündnisse allerdings noch nicht. Nicht nur die CVP hat den abschliessenden Entscheid hinausgeschoben, auch die Grünliberale Partei. Ihre mögliche Unterstützung für die CVP erfolgt mit einem Wermutstropfen, denn in der Koalition CVP/BDP/GLP sind die Grünliberalen bloss Stimmenlieferantin für die CVP. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, dass die Grünliberalen noch immer im Gespräch mit der EVP sind.

Kompetenzgerangel hört nicht auf

Heisse Einwohnerratsdebatte um mehr Freiraum für Gemeinderat

Von Michael Ecklin

Pratteln. Der Einwohnerrat Pratteln trug – nicht zum ersten Mal – einen Kompetenzstreit mit dem Gemeinderat aus. Diesmal ging es darum, welche Instanz neue Stellen in der Verwaltung schaffen darf. Zwar war weitgehend unbestritten, dass es wegen der neu eingeführten sechsten Primarschulklasse dringend zusätzliche 30 Prozent im Schulsekretariat brauchte. Diese Aufstockung bewilligte – wie bisher alle Stellen – das Gemeindeparlament. Doch der Gemeinderat wollte sich für die Zukunft das Recht geben lassen, über die Schaffung oder Aufhebung von Stellen selber bestimmen zu dürfen, ohne Zustimmung des Parlaments, dies im Rahmen der «Optimierung der politischen Steuerung der Gemeinde».

Mit den darin neu eingeführten Globalbudgets würden Aufgaben definiert, rief Gemeinderat Max Hippenmeyer in Erinnerung. Diese umzusetzen, gehe nicht, wenn die Stellen dazu nicht gesprochen seien. Für Urs Hess (SVP) hingegen war klar, dass man über die Anzahl Stellen verhindern könne, «dass die Verwaltung ausufert». Seine Partei, die nicht im Gemeinderat vertreten ist, war vehement gegen die Kompetenzübertragung.

Aber auch der Freisinnige Andreas Seiler wollte «ein Mittel, um den Gemeinderat zu kontrollieren», nicht

aus der Hand geben. Das wiederum hielt die Linke für eine «Scheinsteuern», so Mauro Pavan (SP). Der Gemeinderat könne ja aus günstigen teuren Stellen machen. Eine Mehrheit der FDP vertraue dem Gemeinderat, sagte Sprecher Thomas Sollberger, «weil er selber wissen soll, wie er bereits gesprochenes Geld ausgeben will». Diese Haltung setzte sich schliesslich mit 19 zu 14 Stimmen durch – es steht allerdings noch eine zweite Lesung an, wo der Einwohnerrat dem Gemeinderat das Recht zum selbstständigen Schaffen von Stellen wieder entziehen könnte.

Vorschnell gehandelt

Ebenfalls viel Misstrauen gegenüber der Exekutive kam beim Baumfonds zum Ausdruck. Dieser soll die 170 000 Franken bewirtschaften, die Coop als Ausgleich für 49 auf Salina Raurica nicht gepflanzte Bäume entrichtet hat. Kritisch wurde gefragt, warum der Gemeinderat nicht eine höhere Summe ausgehandelt habe, sie reiche ja nirgends hin.

Implizit wurde dem Gemeinderat vorgeworfen, er habe vorschnell und ohne Einwilligung des Parlaments mit Coop über eine Entschädigung verhandelt. Zähneknirschend willigte die Mehrheit dem Fonds zu. Doch auch hier dürfte der Kompetenzstreit weiter schwelen, denn es steht noch eine zweite Lesung an.

Bürgerliche Mehrheiten in allen Kommissionen des Landrats

Einzig GPK-Chef Hanspeter Weibel (SVP) behält sein Präsidium

Von Thomas Dähler

Liestal. Noch ist nichts in Stein gemeisselt: Doch der Landrat dürfte die gestern von der Landeskanzlei publizierten Nominations für die verschiedenen Parlamentskommissionen am 1. Juli in Stiller Wahl genehmigen. Brisanz hat dabei, dass Christoph Hänggi (SP) designierter Präsident der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission ist und Rahel Bänziger (Grüne) designierte Präsidentin der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission.

Neu werden alle Kommissionen eine bürgerliche Mehrheit haben. Das ergibt sich daraus, dass deren Zusammensetzungen den Proporz im Landrat abbilden. Bereits bekannt ist, dass Bildungskritiker Jürg Wiedemann (Grüne-Unabhängige) nicht mehr in der Bildungscommission Einsitz nehmen wird. In der neuen Bildungscommission gehören 9 von 13 Mitgliedern der SVP, FDP oder CVP an. Ohne bildungspolitische Kommissionsarbeit muss Wiedemann aber auch in der neuen Legislaturperiode nicht politisieren: Neu wird er Mitglied der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel.

Es ist üblich, dass die Präsidenten der Fachkommissionen nicht der gleichen Partei angehören wie die entspre-

chenden Vorsteher der Direktionen im Regierungsrat. Mit Hänggi wird jedoch ein treuer Anhänger der Bildungspolitik von alt Regierungsrat Urs Wüthrich dafür sorgen können, dass Regierungsrätin Monica Gschwind in der landrätlichen Kommission mit einem kritischen Kommissionspräsidenten zusammenarbeiten muss. Ähnlich ist die Ausgangslage im Bereich der Gesundheit. Als Kritikerin der bisherigen Spitalpolitik wird Bänziger dafür besorgt sein, dass sich auch Regierungsrat Thomas Weber sicher sein kann, dass seine Vorlagen ausserst kritisch begleitet werden.

Grosses Sesselrücken

Auch in fast allen anderen Kommissionen kommt es zum grossen Sesselrücken. Unter den Präsidenten wird Hanspeter Weibel (SVP) als Präsident der Geschäftsprüfungskommission der einzige Bisherige sein. In der Finanzkommission heisst der neue Präsident Roman Klausner (SVP), in der Bau- und Planungskommission Hannes Schweizer (SP), in der Justiz- und Sicherheitskommission Andreas Dürr (FDP), in der Personalkommission Balz Stückelberger (FDP) und in der Petitionskommission Georges Thüning (SVP). Für das Präsidium der Umweltschutz- und Energiekommission ist Christine Gorencoeur (CVP) vorgesehen.

Nachrichten

Mit Wildkameras auf Schlangensuche

Liestal. Nachdem ein Gemeindearbeiter in Pratteln von einer Schlange mit einem Sekret bespuckt worden ist, gibt die Polizei für das betroffene Gebiet noch immer keine Entwarnung. Denn alle Bemühungen, das Tier zu finden, auch unter Einsatz eines Hundes und mit Wildkameras, blieben erfolglos. Weitere Kameras seien nun in einem grösseren Gebiet installiert worden, teilt die Polizei mit.

Täter von Überfall auf Rentner in Haft

Münchenstein. Im Dezember ist ein 83-jähriger Rentner in seinem Haus in Münchenstein überfallen worden. Die Polizei hat drei mutmassliche Täter festgenommen – einen in der Schweiz, einen in Deutschland und einen in den USA. Es handelt sich um einen Albaner und zwei Kosovaren.

Grosskontrolle: 13 Lenker nicht fahrtüchtig

Liestal. Im Rahmen einer europaweiten Aktion hat die Baselbieter Polizei vorige Woche bei 191 Kontrollen 2233 Lenker überprüft. 13 erwiesen sich als nicht fahrtüchtig: Zehn hatten zu viel Alkohol im Blut und drei standen unter Drogeneinfluss.